

Coronakrise als Chance für die Biodiversität?

Experten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft warnen: Die Coronakrise, der Klimawandel und der Rückgang der Artenvielfalt fordern entschiedenes Handeln. Ein Leben mit mehr Verantwortung für die Umwelt und einem bewussteren Umgang mit Konsum drängt sich auf. Text: Urs Rüttimann

Plötzlich war im Frühjahr alles anders. Der per Notrecht verordnete Lockdown nach Ausbruch der Corona-Pandemie hob innerhalb eines Monats das gewohnte Leben aus den Angeln und stellte bisherige Werte infrage. Firmen verordneten oder empfahlen Homeoffice und das Leben konzentrierte sich auf die Familie. Hauptsächlich verbrachten Herr und Frau Schweizer die Ferien noch im eigenen Land und entdeckten neu das Naturerlebnis in der Freizeit. Verbunden war der neue Lebensstil mit ganz neuen Erfahrungen und regte zum Nachdenken an, wie weit Materialismus wirklich Genuss bringt und glücklich macht. Die düstere Aussicht, dass Corona in eine schwere Wirtschaftskrise mit Firmensterben und hoher Arbeitslosigkeit führt, verstärkte zusätzlich das Gefühl, dass in Zukunft alles anders werden muss.

Für eine Politik der Suffizienz

Eine genaue Analyse der laufenden Krisen soll einen Lernprozess anstossen, wie weit Covid-19 für die bedrohte Biodiversität eine Chance sein könnte, lautete der Tenor der Politiker und Wissenschaftler, die am Kongress von eco.ch referierten. Eine Untersuchung soll aufzeigen, wie Suffizienz-Politik, also Engagement für Nachhaltigkeit, Umwelt- und Naturschutz sowie eine haushälterische Nutzung der Ressourcen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen kann. «Vielfalt statt Verschwendung» betitelte eco.ch, das Schweizer Forum für nachhaltige Entwicklung, den Kongress, der online von 430 Interessierten mitverfolgt wurde. «Die Corona-Pandemie hat eindrücklich gezeigt, wie krisenanfällig die globalisierte Wirtschaft geworden ist», eröffnete Beat Jans, Präsident von eco.ch und SP-Nationalrat Basel-Stadt,

den Kongress. «Die fortschreitende Klimaerhitzung wird auch nach überstandener Pandemie weitere Krisen nach sich ziehen.»

Die Suche nach neuen Wegen, wie die Versorgung ökologisch und krisenresistent ausgestaltet werden kann, drängt. Für den gelernten Landwirt und Absolvent des Studiums der Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich steht sie zuoberst auf der politischen Agenda. «Wir sind überzeugt, dass der Erhalt der zahlreichen Ökosystemdienstleistungen der Natur eine Versicherung gegen weitere Krisen darstellt», sagt Jans. Für ihn besteht klar ein Zusammenhang zwischen der Zerstörung natürlicher Räume und zunehmenden Krankheiten. «Mit fortschreitender Naturzerstörung steigt nach heutigem Wissen die Wahrscheinlichkeit von neuen Pandemien.» Verschwenderische Lieferketten in der globalen Wirtschaft und grenzenloser Konsum würden diese Naturzerstörung anheizen. Suffizienz als Teil der Nachhaltigkeitspolitik könne dem entgegenwirken und die Biodiversität fördern. In einem Positionspapier an die Adresse des Bundesrates hat eco.ch die Hindernisse für eine Politik der Nachhaltigkeit aufgelistet und Massnahmen dagegen formuliert (siehe «Leitsätze für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft», Seite 24).

Umweltschutz erhält mehr Gewicht

«Trotz aller Einschränkungen und Sorgen hatten wir während des Corona-Lockdowns Mehrwerte», sagt Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Das Homeoffice statt Grossraumbüro habe Effizienz geboten, der Salat vom Biohof statt vom Grossverteiler habe geschmeckt und die Ferien in Meiringen statt in Miami seien abenteuerlich gewesen. «Wir sind aktuell enorm gefordert»,



Die Förderung der Biodiversität gesetzlich griffig zu verankern, bereitet Schwierigkeiten.

Foto: Urs Rüttimann

sagt die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Die Coronakrise, der Klimawandel und der Rückgang der Artenvielfalt harren einer Lösung. Für Sommaruga haben alle drei Probleme indessen etwas gemeinsam: «Sie sind nicht isoliert lösbar.»

Von einer umfassenden Lösung abhängig ist viel: «Klimaschutz und Artenvielfalt sichern uns ein gutes und gesundes Le-



für die Biodiversität zu sichern und zu schützen.»

In der Schweiz sind es der «Aktionsplan Biodiversität» (September 2017) und die «Bodenstrategie» (Mai 2020), mit denen die Artenvielfalt erhalten und gefördert werden soll. «Ab 2050 soll unter dem Strich kein Boden mehr verbraucht werden», führt Sommaruga zum Massnahmenpaket Boden aus. Die Massnahmen zielen hauptsächlich darauf ab, das Wachstum von Siedlung und Verkehrsinfrastruktur sowie die Bodenbelastung durch chemische Schadstoffe und Maschinen im Forst, in der Landwirtschaft und auf Baustellen einzudämmen. «Wenn der Wurm im Boden ist, so ist das ein gutes Zeichen. Wenn er aber im Handeln steckt, ist das schlecht», sagt die Uvek-Departementschefin. In diesem Sinne will der Bundesrat in Zukunft insbesondere die Ressourcennutzung und die Kreislaufwirtschaft verbessern.

Aufbruch zu Neuem?

Wie kann die Gesellschaft und Wirtschaft in diese Richtung weiterentwickelt werden? Für Irmi Seidl, Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an

Doch dies seien lange Evolutionen gewesen und keine Aufgaben unter Zeitdruck, sagt die WSL-Wissenschaftlerin. «Heute aber ist unsere Zivilisation gefährdet.»

Ihrer Einschätzung nach zeigt die Coronakrise in positiver Hinsicht, dass einschneidende politische Massnahmen auch kreatives und solidarisches Handeln auslösen können, um vorhandenen Problemen zu begegnen. In negativer Hinsicht wurde erkannt, wie verletzlich unser Wirtschaftssystem ist. Im weiteren Verlauf der Krisenzeit während des Sommers zeichnete sich gemäss Seidl verstärkt ab, dass konservative, auf den Status bezogene Werte wieder an Kraft gewinnen. Mittlerweile wird immer klarer, dass die Gesellschaft begrenzt steuerbar ist: Autorität, Offenheit und Flexibilität auf lange Sicht auszubalancieren ist nicht einfach.

Die WSL-Ökonomin zieht fünf Lehren aus der Coronakrise:

- Die Wirtschaft ist von globalen, vielstufigen Lieferketten abhängig.
- Die Nahrungsmittelversorgung und die öffentliche Infrastruktur inklusive Gesundheitswesen sind systemrelevant.
- Eine um 10 bis 20 Prozent tiefere Wirtschaftsleistung während des Lockdowns



Foto: Peter Mosimann

«Wenn der Wurm im Boden ist, so ist das ein gutes Zeichen. Wenn er aber im Handeln steckt, ist das schlecht.»

Simonetta Sommaruga, Bundespräsidentin

ben», sagt Sommaruga. «Diese Erkenntnis reift auch in der Wirtschaft, in der Politik und in Finanzkreisen.» Für den Klimaschutz gelten das Pariser und für den Artenschutz das Washingtoner Abkommen. «Das Artenschutzabkommen ist leider viel zu wenig griffig», bedauert die Bundespräsidentin die Ausgangslage. «Wir brauchen strenge, verbindliche und kontrollierbare globale Regeln. Ziel des Abkommens ist, 30 Prozent der Land- und Meeresflächen

der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), ist dies eine «einmalige Aufgabe in der Menschheitsgeschichte». Sie lautet: Die Weltgemeinschaft muss von den fossilen Energieträgern wegkommen und neue Formen einer ressourcenschonenden Wirtschaft finden. Der Wohlstand darf dabei nicht mehr von einem stetigen Wirtschaftswachstum abhängig sein. Seidl ist überzeugt: Nur so kann der Fortbestand unserer rund 10 000 Jahre alten Zivilisation gesichert werden.

Die Lebensweise dermassen grundlegend ändern musste die Menschheit in ihrer Geschichte erst zwei Mal: erstens beim Übergang vom nomadisierenden Jägertum zur Sesshaftigkeit und zweitens beim Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft.

entlastete die Umwelt unzureichend.

- Sozial schwache Gesellschaftsgruppen sind von der Krise besonders betroffen.
- Auch im Krisenalltag dominiert «Business as usual». Strukturelle Änderungen sind bisher ausgeblieben.

Um die Welt ökologischer auszurichten, müssten gemäss der Ökonomin die Menschen beispielsweise die Mobilität verringern, die biologische Landwirtschaft stärker stützen und neue Lebenspraktiken ausprobieren. Weiter wird enorm wichtig, dass die Staatengemeinschaft internationale Abkommen anstrebt, die den Natur- und Umweltschutz konkretisieren. Soziale Bewegungen für Natur- und Umweltschutz beschleunigen ihrer Erkenntnis nach diesen Prozess. →

Eine Politik des Verzichts?

Für Stella Jegher, die bei Pro Natura den Bereich Politik und Internationales leitet, kann die Biodiversitätskrise nur mit einer Politik überwunden werden, die eine nachhaltige Lebensweise einfordert. «Zu handeln wird immer dringender. Eine halbe bis eine Million von acht Millionen Pflanzen und Tierarten sind weltweit gefährdet. In der Schweiz ist es bereits jede dritte Art», zitiert sie aus dem Bericht des Uno-Weltbiodiversitätsrates. Dieser Bericht von 2019 beruht auf Recherchen in 50 Staaten. Parallel dazu schwinden 14 von insgesamt 18 Ökosystemleistungen, die von der Natur erbracht werden, darunter die Bestäubung und die Reinigung der Luft. Für Jegher ist die Diagnose klar: Die Übernutzung von Land und Meer, der Abbau natürlicher Ressourcen, der Klimawandel, die Verschmutzung und invasive Arten tragen hauptsächlich dazu bei. Die eigentliche Ursache ist für die Umweltfachfrau von Pro Natura das Wachstum des globalen Handels um das Achtfache und der globalen Wirtschaft um das Siebenfache in den vergangenen 30 Jahren. «Unser Wirtschaftssystem, das sich an Globalisierung und Wachstum orientiert, ist Grund für die Biodiversitätskrise.»

Eine Wende zum Besseren kann ihrer Ansicht nach nur mit Umdenken und einer Politik des Verzichts erreicht werden. Ein Dorn im Auge ist ihr «der Konsum durch eine Minderheit von Menschen in den reichen Teilen der Welt». Technische Innovation würde nicht genügen, um die Schäden durch Übernutzung der natürlichen Ressourcen auszugleichen.

Während des Corona-Lockdowns ist weniger konsumiert und geistert worden. Der aufgezwungene Verzicht und die neue Lebensweise sei akzeptiert worden, stellt auch Jegher fest. Für sie ist dies ein Indiz, dass eine Politik der Suffizienz in die persönliche Entscheidungsfreiheit eingreifen kann und soll. «Was ist genug zum Leben? Gehört der Kurzflug nach Mallorca dazu?» Ihrer Meinung nach dürfen die Politiker solche Fragen nicht mehr aufschieben, sondern müssen sie beantworten. Insbesondere müssten sie sich damit befassen, wie die Tierbestände und der Fleischkonsum verringert, weniger Boden verbaut und Energie natur- und umweltverträglich gewonnen werden können.

Was ist politisch machbar?

Die nachhaltige Entwicklung für die Welt und die Schweiz ist in der sogenannten Agenda 2030 mit 17 Zielen für mehr Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit festgelegt. «Wir sind heute noch nicht auf Kurs, diese Ziele bis 2030 zu erreichen.

Alle Staaten müssen sich noch deutlich mehr anstrengen», sagt Daniel Dubas, der im Auftrag des Bundesrates die Anliegen der Agenda vertritt. Das zeigte im vergangenen Jahr der Zwischenrapport an der Uno-Generalversammlung. Auch Dubas beobachtet, dass die Pandemie ein Interesse für andere Lebensformen geweckt hat. Die überwiegenden negativen Folgen dürften deshalb aber nicht ausgeblendet werden: «Die weltweiten Konsequenzen von Covid-19 sind dramatisch: Die Wirtschaft ist zusammengebrochen, viele Menschen haben ihre Erwerbsmöglichkeiten verloren, die Armut ist gestiegen, der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung hat sich in manche Staaten erschwert.» Beeindruckend indessen findet Dubas, wie es nach kurzer Zeit der Krise politisch möglich war, neue Gesundheitsmassnahmen einzuführen und Wirtschaftspakete zu schnüren.

Eine Strategie der Nachhaltigkeit verfolgt der Bundesrat seit Jahren. Vor Kurzem hat er entschieden, diese Strategie für die Jahre bis 2030 zu schärfen. Seit 2018 arbeiten die Bundesbehörden mittlerweile an einer Bestandaufnahme. Im Fokus stehen vor allem drei Bereiche:

- Konsum und Produktion
- Klima, Energie und Biodiversität
- Chancengleichheit

Alle drei Themen sind aus Sicht des Bundes enorm wichtig, aber auch stark umstritten. Zum ersten Bereich stellt Dubas fest: «Mit der wirtschaftlichen Produktion hat man sich bisher bereits stark befasst, mit dem Kon-



Der Lockdown mit Ladenschliessung hat Gärtnereien wie Blumen Suter in Emmenbrücke (LU) hart getroffen. Foto: Urs Rüttimann

sum hingegen nur wenig.» Zusätzlich weist er darauf hin, dass bei der Suche nach einer Lösung der Zusammenhang von Innen- und Aussenpolitik mitbeachtet werden muss: Der ökologische Schaden unseres hohen Konsums von Produkten und Dienstleistungen betreffe hauptsächlich das Ausland, nicht aber die Schweiz als Verursacher. Die dreimonatige öffentliche Vernehmlassung zur revidierten Strategie startet voraussichtlich diesen Herbst. Sie wird zeigen, wie weit ein Krisenbewusstsein neue Lösungen diskutierbar macht.

Leitsätze für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft

Die Präsentationen und Stellungnahmen am Kongress von eco.ch wurden zu einem Positionspapier an die Adresse des Bundesrates zusammengetragen. Darin sind die bisherigen Lehren aus der Corona-Pandemie für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft aufgelistet. Die Pandemie zeige, dass ein Kulturwandel möglich sei, falls die Politik entschlossen handle und Bedingungen definiere, sagen die Autoren. Ernüchternd stellen sie aber auch fest, dass der weltweite Einbruch der Wirtschaftsleistung den Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen nur drei Wochen nach hinten verschoben hat. Um wirklich etwas in Bewegung zu setzen, sind sieben Forderungen aufgestellt worden, die politisch umgesetzt werden müssten, um Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiger und widerstandsfähiger auszugestalten. Die erste Forderung betrifft biodiversitätsschädigende Subventionen: 160 finanzi-

elle Zuschüsse von Bund, Kantonen oder Gemeinden schädigen direkt oder indirekt die Biodiversität. Zu diesem Befund kommen die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft und das Forum Biodiversität der Akademie der Naturwissenschaften der Schweiz. Hauptsächlich sind es gemäss der 200-seitigen Studie die Bereiche Verkehr, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Energieproduktion, in denen finanzielle Zuschüsse die Artenvielfalt bedrängen. Die Gesamtsumme dieser Zuschüsse beziffern sie auf 40 Milliarden Franken.

Die Studie zu den schädlichen Subventionen und das vollständige Positionspapier von eco.ch mit den sieben «Lehren aus der Covid-19-Pandemie» finden Sie unter:

www.wsl.ch → Publikationen → WSL Berichte
www.eco.ch → Online-Kongress



Produkte aus der Region haben in der ersten Phase der Coronakrise an Wertschätzung gewonnen. Zierpflanzenproduzenten der Schweiz wie beispielsweise Martin und Nadine Eichenberger aus Oberrieden (ZH) konnten davon profitieren. Foto: Katharina Nüesch

Selbstbeschränkung: Ja, aber...

Eine gewisse Bereitschaft, den Konsum einzuschränken und den Lebensstil zu ändern, haben Menschen während des Corona-Lockdowns bereits an den Tag gelegt. Für Stephanie Moser, Bereichsleiterin am Kompetenzzentrum für Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern, war dies nicht nur eine Erfahrung des Verzichts, sondern auch des Gewinns. Eine Umfrage des CDE zeigt, dass der Lockdown die grössten Veränderungen in den Bereichen soziale Beziehung, Freizeitgestaltung und Erwerbstätigkeit angestossen hat. Auch in positiver Hinsicht: 49 Prozent der Befragten sagten, sie hatten mehr Zeit für sich und nur bei 14 Prozent

wurde es zeitlich enger. 39 Prozent gingen entspannter durch den Tag, 37 Prozent waren mit dem Familienleben zufriedener und 29 Prozent schätzten das Leben mehr. Negative Erfahrungen bei den letzten beiden Punkten machten 20 Prozent der Befragten.

Im Rahmen einer Studie mass die Hochschule Luzern Mitte April und Mitte Juni die Veränderungen des Konsumentenverhaltens durch die Coronakrise. Zuerst sei der Lockdown negativ wahrgenommen worden, im Verlauf der Zeit habe man der Situation aber auch Positives abgewinnen können, sagt auch Dominik Georgi, Wirtschaftsprofessor und Leiter des Kompetenzzentrums Marketing

und Management an der Hochschule Luzern. In der Umfrage waren ökologische Verhaltensweisen mitgewichtet. Rund 30 Prozent der Befragten sagten, sie hätten bewusst weniger Fleisch gegessen und die Produktion von Müll möglichst vermindert. Weitere 12 Prozent achteten beim Kauf von Kleidermode auf Langlebigkeit und Qualität und 17 Prozent zogen regionale Produkte der Importware vor. Demgegenüber fand es rund ein Drittel der Befragten schwierig, weniger Fleisch zu essen und weniger Müll zu verursachen. Verbunden waren damit hauptsächlich Gewohnheiten, die man lieb hatte oder man war zu bequem, diese zu ändern.

Anzeige

 **pflanzenschau**

Einzigartiges Pflanzensortiment...
in wunderbarer Umgebung
und jederzeit frei zugänglich!



www.pflanzenschau.ch
Hombrechtikon